

Zürich

Unterbruch im Krieg

Gestern um 18 Uhr begann in Syrien die Waffenruhe. Sie bringt dem Land etwas Pause im bereits fünf Jahre andauernden Krieg. **SEITE 21**

Wrackteile gefunden

Die Absturzursache des Fluges MH 370 ist noch immer unklar. Nun könnten Wrackteile etwas Klärung bringen. **SEITE 28**

Ein erstes Stottern im Sparprozess

KANTONS RAT Die Mehrheit des Parlaments will nicht, dass der Regierungsrat die Energieförderung streicht. Er muss zwar nochmals über die Bücher – kann aber dann an seinem Entscheid festhalten.

Exakt fünf Monate sind vergangen, seit der Regierungsrat das Sparprogramm präsentiert hat, mit dem er bis 2019 die Summe von 1,8 Milliarden Franken einsparen will. Gestern hat nun der Kantonsrat erstmals über eine der 125 Sparmassnahmen debattiert: die Streichung der Energiefördergelder für das Jahr 2017. Konkret geht es um 8 Millionen Franken – die letzte Tranche eines Rahmenkredites in der Höhe von 32 Millionen Franken für die Vierjahresperiode 2014 bis 2017.

Der Regierungsrat kann diese Massnahme in eigener Kompetenz beschliessen. Die Solarbranche lief Sturm gegen das Sparvorhaben und auch beim Bundesamt für Energie bedauerte man die Pläne des Regierungsrates (Ausgabe vom 27. August). In einem dringlichen Postulat forderten die Kantonsrätinnen Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen), Yvonne Bürgin (CVP, Rüti) und Kantonsrat Bruno Fenner (BDP, Dübendorf) den Regierungsrat auf, seinen Entscheid zu überdenken.

Überraschend hat der Kantonsrat gestern den Vorstoss mit 86 zu 85 Stimmen überwiesen – gegen die Stimmen von SVP, FDP und EDU. Das bürgerliche Lager war nicht vollständig erschienen.

Nur 50 Prozent beansprucht

Nun hat der Regierungsrat ein Jahr Zeit, einen Bericht zu verfassen. Die Meinung des Kantonsrats ist für den Regierungsrat allerdings nicht bindend – er kann also bei seinem Vorhaben bleiben. Barbara Schaffner hat gestern angekündigt, dass sie in der Budgetdebatte einen Antrag einbringen wird, damit mindestens 50 Prozent der Fördergelder wie-



2017 soll es vom Kanton kein Geld für Fotovoltaikanlagen geben. Der Regierungsrat will die Fördergelder streichen.

Keystone

der ins Budget aufgenommen werden. Dies entspricht dem Betrag, der in den letzten Jahren tatsächlich beansprucht wurde.

Schmerzlos sparen

In der Diskussion um das dringliche Postulat hatte Schaffner betont, Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit seien die Grundvoraussetzungen, dass ein Förderprogramm funktioniere. «Die Förderbeiträge abzuschneiden, ist ein Schnellschuss», sagte sie.

Für die SVP handelt es sich dagegen um eine Massnahme, die Sparen ohne Schaden ermöglichte, wie Orlando Wyss (Dübendorf) sagte. Er sprach von Subventionsirrsinn und Marktverzerrung. Mit der SVP hielt es die

FDP. «Aus unserer Sicht ist die Kürzung vertretbar», sagte Olivier Hofmann (Hausen). Das Trio

«Die Förderbeiträge abzuschneiden, ist ein Schnellschuss.»

Barbara Schaffner,
GLP-Kantonsrätin

der Postulatsgegner komplettierte die EDU mit Michael Welz (Oberembrach). Er meinte, ohne Fördergelder würden nicht weniger Solaranlagen erstellt. Allen-

falls werde der Bau einzelner Anlagen etwas verschoben.

Gegen Hüst-und-hott-Politik

Die übrigen Parteien stellten sich mehr oder weniger begeistert hinter das Postulat. Ruedi Lais (SP, Wallisellen) kritisierte die Sparmassnahme: «Eine nachhaltige, verlässliche Energiepolitik sieht anders aus.» Der SVP warf er vor, sie sei ohnehin gegen die Energiewende. Lais bezeichnete das Postulat zwar als «halbherzig und wankelmütig», die Antwort des Regierungsrats aber als «noch viel hilfloser».

Robert Brunner (Grüne, Steinau) wehrte sich gegen die «Hüst-und-hott-Politik», welche die Streichung der Gelder verur-

sachen würde. Den Beitrag ans Sparprogramm müsse man zudem mit der Lupe suchen. Yvonne Bürgin hielt fest, eine wirksame Energieförderpolitik brauche Kontinuität. Für Bruno Fenner und die BDP steht die Sparmassnahme «völlig schräg in der Landschaft». Der Kanton Zürich sei ohnehin knausrig, was Energiefördermassnahmen angehe. Mit 6.50 Franken pro Einwohner befand er sich im Jahr 2014 auf dem fünftletzten Platz.

Baudirektor Markus Kägi (SVP) machte seinem Unmut über die Opposition zum Sparvorhaben Luft. Vergeblich forderte er die Ratsmitglieder auf, die Verhältnismässigkeit im Auge zu behalten. *Patrick Gut*

«Crazy Mouse» notgebremst

KNABENSCHIESSEN Die Achterbahn «Crazy Mouse» auf der Chilbi des Zürcher Knabenschliessens konnte gestern wieder in Betrieb genommen werden. Der Grund für den Defekt vom Sonntagabend konnte gefunden werden. Ein Fehler in der Bremsanlage hatte zu einer Notbremsung geführt.

Ein Mediensprecher des Knabenschliessens bestätigte am Montagmittag eine entsprechende Meldung von Tagesanzeiger.ch/Newsnet. Die «Crazy Mouse» ist eine beliebte Chilbi-Bahn am Zürcher Herbstfest. Am Sonntagabend blieb eine Frau mit ihren zwei Kindern auf dem höchsten Punkt der Bahn stecken. Sie mussten von der Feuerwehr mit einer Drehleiter gerettet werden, blieben aber unverletzt. *sda*

Gerüst fällt auf Vater und Kind

STADT ZÜRICH Gestern Morgen nach acht Uhr touchierte im Zürcher Stadtkreis 3 ein Lastwagenchauffeur eine Bauabschrankung. In der Folge wurden ein 47-jähriger Mann und ein 4-jähriges Kind verletzt, wie die Stadtpolizei Zürich gestern mitteilte. Der 59-jährige Chauffeur war von der Manesse- in die Eichstrasse eingebogen, um zu einer Baustelle zu gelangen. Kurz darauf touchierte er einen parkierten Lieferwagen und prallte in eine Bauabschrankung. Dadurch stürzte ein Kabelgerüst hinter der Abschrankung auf Strasse und Trottoir. Dort waren der 47-Jährige und sein 4-jähriger Sohn zu Fuss unterwegs. Beide wurden von dem einstürzenden Gerüst erfasst. Mit leichten bis mittelschweren Kopfverletzungen mussten sie ins Spital gebracht werden. Die Polizei geht von einem medizinischen Problem beim Chauffeur aus. *red*

Und am Sonntag staut es um Winterthur herum

VERKEHR Bereits das zweite Wochenende in Folge kollabierte am Sonntag der Verkehr auf der A1 um Winterthur – und das spürte man auch in der Stadt drin.

Freie Fahrt auf Schweizer Strassen, lautete am Sonntag die frohe Botschaft am Radio – mit einer Ausnahme: Vor den Toren Winterthurs, von Effretikon bis Töss und im Bogen um die Stadt, staute sich eine Autokolonne auf mehreren Kilometern. Zwanzig Minuten bis eine halbe Stunde betrug die Wartezeit. Genug, dass einige den Blinker stellten und sich eine Route abseits der A1 und damit auch durch Winterthur suchten. Auf den Hauptachsen, insbesondere der Zürcher-, der Technik- und der Tössalstrasse, stockte in der Folge der Verkehr.

Neuaufgabe nächsten Sonntag

Es war bereits der zweite Sonntag in Folge, an dem der Verkehr um

Winterthur zum Erliegen kam. Der Grund war derselbe: Das Bundesamt für Strassen (Astra) saniert im September defekte Fahrbahnübergänge im Autobahnabschnitt der A1 zwischen Töss und Wülflingen. Dafür muss von Samstagabend bis Montagmorgen jeweils eine Spur gesperrt werden.

Das Astra hat die Massnahme im Vorfeld angekündigt – mit dem Hinweis, dass auf der Baustelle teils keine Arbeiten zu beobachten seien. Denn der frische Asphalt brauche eine Ruhephase, um auszuhärten. Gemäss Ankündigung gehen die Arbeiten am nächsten Sonntag weiter. Erneut ist auf der Route zwischen Zürich und St. Gallen um Winterthur mit Behinderungen zu rechnen. Ob die Sanierung plangemäss am 19. September abgeschlossen wird, konnte das Astra gestern nicht beantworten. Eine Antwort wurde für heute in Aussicht gestellt.

Laut der Stadtpolizei blieb die Autobahnbaustelle mit Ausnah-

me des Mehrverkehrs ohne Auswirkungen auf die Stadt. Es wurden keine Unregelmässigkeiten festgestellt, heisst es bei der Medienstelle. Erneut aber hat sich bestätigt: Die Umfahrung Winterthur ist ein Nadelöhr, das keine Störungen verträgt. Das sagt auch Christian Brunner, der Leiter Verkehrslenkung bei der Stadtpolizei Winterthur: «Ein Unfall auf der A1 reicht, und wir haben ein totales Verkehrschaos.» Deshalb habe das Astra die Arbeiten auf den verkehrsarmen Sonntag gelegt.

Der Mehrverkehr war nach Einschätzung Brunners noch im zumutbaren Rahmen. «Wir

«Ein Unfall auf der A1 reicht, und wir haben in der Stadt ein totales Verkehrschaos.»

Christian Brunner,
Stadtpolizei Winterthur

mussten nicht eingreifen.» Weiterreichende Mittel, um dem Ausweichverkehr zu begegnen, hat die Stadtpolizei ohnehin nicht. Wenn der Verkehr überhandgenommen hätte, wären die Signalanlagen, die sonntags ruhen, in Betrieb gesetzt worden, um den Verkehrsfluss zu optimieren.

Noch keine Entscheide

Der Autobahnabschnitt zwischen Winterthur und der Nordumfahrung Zürich ist heute einer der meistbelasteten der Schweiz. An 358 Tagen staute sich hier im Jahr 2014 der Verkehr, wie eine Auswertung des Astra ergeben hat. Die Zahl von 6533 Stautunden überstieg im Messzeitraum sogar jene vor dem Gubrist. Bis ins Jahr 2030 rechnet das Amt für Verkehr des Kantons Zürich für Winterthur mit Mehrverkehr von 17 Prozent. Langfristig kann nur ein Ausbau der A1 Entspannung bringen. Als Massnahme plant der Bund den Ausbau der

Umfahrung Winterthur auf drei (stellenweise vier) Spuren pro Richtung. Dieser ist Teil des zweiten «Engpassbeseitigungsprogrammes» des Bundes und dort mit höchster Priorität eingestellt – ein Programm, das aber noch nicht beschlossene Sache ist. Auch für die mittelfristige Lösung, die Standstreifenbewirtschaftung um Winterthur, ist noch kein Termin gesetzt.

Der Einfluss der kommunalen Politik auf die Autobahnplanung ist beschränkt. Die Forderungen aber sind klar formuliert: Spätestens beim Abschluss des Ausbaus der A4 sollen auf der A1 um Winterthur die Pannestreifen befahren werden können. So formulierte es kürzlich Stadtpräsident Michael Künzle (CVP) bei der Legislatur-Halbzeitbilanz. Vorderhand aber führen nur zwei Spuren um Winterthur. Auch am nächsten Sonntag ist deshalb zu empfehlen, das Auto stehen zu lassen. *Marc Leutenegger*



Auf der A1 bei Winterthur staut sich der Verkehr. Archiv Stefan Schaufelberger